

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Wagnispreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Briefbogen 2.- Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72208 — Polizeikonto Leipzig Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72208. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208	Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorkauf 40 Pfg. Stellenangebote 10gepalt. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatent 10gepalt. Kolonelle mit 50% Nachsch. Kellamezelle 2 M. Inserate v. ausw.: die 10gepalt. Kolonelle 40 Pfg., bei Platzvorkauf 50 Pfg., Kellamezelle 2.25 M.
---	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Die Filmgeschäfte des Marineamtes.

Es soll „untersucht“ werden!

Kapitän Lohmann vom Dienst enthoben.

SPD In Vertretung des Reichswehrministeriums hat der Chef der Marineleitung den Reichsanwalt ersucht, im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister eine Verurteilung namhaft zu machen, die alle Vorwürfe gegen die Marineverwaltung hinsichtlich der Subventionen der Phoebus-Aktiengesellschaft nachprüfen soll.

Ergänzend wird hierzu mitgeteilt, daß Kapitän Lohmann von der Marineverwaltung als der Verbindungsmann zu der Phoebus-Aktiengesellschaft gegen „mehrere Blätter“ wegen der darin enthaltenen Angriffe gegen ihn Strafantrag gestellt hat. Er hat gleichzeitig gebeten, bis zum Abschluß der Untersuchung vom Dienst enthoben zu werden. Das ist geschehen.

Es handelt sich hier zweifellos nicht um einen aus freier Initiative entstandenen Antrag der Marineverwaltung, sondern um einen Scheit, der mit den maßgebenden Persönlichkeiten der Reichsregierung vereinbart worden ist und lediglich der Öffentlichkeit gegenüber als Antrag hingestellt wird. Man glaubt, in ihm den Weg gefunden zu haben, um wenigstens zunächst der öffentlichen Diskussion über das sonderbare Verhältnis der Marineverwaltung zu der Phoebus-Aktiengesellschaft ein Ende zu machen. Aber in dieser Hoffnung dürften sich die amtlichen Stellen getäuscht haben. Die deutsche Bevölkerung hat ein Recht darauf, in aller Öffentlichkeit zu erfahren, was die von ihm aufgetragenen Steuererlöse bleiben, und deshalb ist es ein gutes Recht der Presse, bis zur endgültigen Klärung immer und immer wieder auf den Skandal hinzuweisen. Die Subventionswirtschaft aus früheren Zeiten erfordert es.

Abgesehen davon sind wir der Meinung, daß mindestens ein vorläufiges Urteil über den tatsächlichen Zustand der Öffentlichkeit sofort hätte vorgelegt werden müssen und können. Es sieht doch sehr, daß z. B. von der Reichsmarine für die Phoebus-Filmaktiengesellschaft hohe Bürgschaften geleistet worden sind und das Geld als verloren gelten muß. Wir können uns sehr wohl vorstellen, daß es bei einigem gutem Willen durchaus möglich wäre, schon jetzt ohne große Untersuchung der Öffentlichkeit mindestens einen Aufschluß über die Höhe der Bürgschaft und deren Zweck zu erteilen. Ebenso hätte es möglich sein müssen, von amtlicher Seite sofort vor aller Öffentlichkeit die notwendige Klarheit über das Verhältnis des Kapitän Lohmann zu der Phoebus-Aktiengesellschaft zu schaffen. Gewiß, Lohmann ist inzwischen von seinem Amt suspendiert und damit der Öffentlichkeit gewissermaßen zu verstehen gegeben worden, daß die Handlungsweise dieses Offiziers doch nicht ganz so korrekt gewesen ist, wie man es anfänglich hingestellt hat. An sich aber ist damit der Sache nicht viel gedient. Die Öffentlichkeit will und muß wissen, um was es sich bei dem ganzen Skandal handelt und das hätten sie ohne großartige Untersuchung unentgeltlich an den Stellen erfahren können, wenn bei den Amtsstellen die notwendige Entschlossenheit bestanden wäre. Aber sowohl bei der Marineleitung wie bei den anderen Reichsbehörden dürfte man selbst am besten wissen, warum leidet der Versuch gemacht wird, die Dinge hinter den Kulissen in irgendeiner Art zu bereinigen; denn schließlich ist doch das der Zweck der ganzen „Untersuchung“. Vielleicht aber täuschen sich die beteiligten Stellen diesmal doch. Das Material über die ganze Affäre ist zu bekannt, als daß jetzt noch etwas zu verschleiern wäre.

Auch die Phoebus-AG „berichtigt“.

SPD Berlin, 10. August (Radio).

Die Direktion der Phoebus-Film-Aktiengesellschaft hat sich inzwischen zu ihrer eigenen Verteidigung aufgerafft und der Berliner Presse am Dienstagabend eine Art Berichtigung zu den bisherigen Behauptungen übermittelt. Dieser Berichtigung merkt man den langen Verkehr der Phoebusgesellschaft mit dem Reichswehrministerium reichlich an. Die Sache macht überhaupt den Eindruck, als ob sie nicht von einem Direktor einer Privatfirma, sondern aus dem Reichswehrministerium stammen würde. Das Berliner Tageblatt hat deshalb nicht unrecht, wenn es von einem Aktivist des ersten Reichswehrmentis spricht. Auch wir sehen deshalb keinen Anlaß, uns mit diesem Aktivist näher zu beschäftigen.

Der Reichsanwalt wird voraussichtlich mit der von der Marineleitung beantragten Untersuchung den Sparkommissar und früheren preussischen Finanzminister Dr. Saackisch beauftragen. Inzwischen verläutet aus dem Reichswehrministerium, daß man dort mit einer gewissen Denkschrift über den Skandal vor die Öffentlichkeit treten will. Das würde bedeuten, daß man zu einer unzulässigen Verteidigung zu schreiten gedenkt. Innerhalb achtundvierzig Stunden würde das Reichswehrministerium damit das dritte Mal seine Taktik zur Abwehr geändert haben. Erst wurde alles abgeleugnet, dann verlor man, schließlich die Sprache und verfiel sich zur Verhütung der öffentlichen Meinung hinter einen „Antrag“ auf Untersuchung

der Affäre und jetzt scheint man plötzlich daran zu denken, etwas zu verteidigen, was man noch 24 Stunden selber als „frei erlunden“ hinstellte.

Korruptions- und Betterwirtschaft.

Lohmann und seine Freunde.

Das Berliner Tageblatt teilt zu der Affäre mit:

Wir haben den Schleiter von den Geschäften der Phoebus-Film-Aktiengesellschaft etwas geklärt und mitgeteilt, daß dieses Filmunternehmen, das mit 4 Millionen Mark Aktien kapitalisiert ist und über 4 bis 5 Millionen Mark Schulden verfügt, mit mindestens 6 1/2 Millionen Mark bis 8 Millionen Mark Geldern aus dem Geheimfonds des Reichswehrministeriums finanziert worden ist. Das Reichswehrministerium hat den Mut besessen, diese Nachricht zu demütigen. Wir haben bereits angedeutet, daß, wie das in solchen Fällen üblich ist, Dekonstruktionen für die Geschäfte gewählt worden sind, mit denen man ein vielleicht formell einwandfreies Dementi wagen kann. Das Reichswehrministerium soll aber wissen, daß sich die Öffentlichkeit mit seinen bekannten kategorischen Ableugnungen nicht zufrieden gibt und ihnen keinen unbedingten Glauben schenken kann. Wir stellen fest, daß der vorletzte 3-Millionen-Mark-Kredit durch die Deutsche Girozentrale geflossen ist. Die Zahlung erfolgte auf Grund einer Bürgschaftserklärung, unterschrieben vom Reichsanwalt Lohner, Reichsfinanzminister Kainhold, Reichswehrminister Geßler und vom Admiral Jentz; ohne deren Unterschriften war Präsident Reiner von der Girozentrale nicht gewillt, das Geld zu zahlen; nach langem Hin und Her wurden sie geleistet. Der andere 1 1/2-Millionen-Mark-Kredit, der später in Aktien konvertiert wurde, ist geflossen durch den Berliner Bankverein, dessen maßgebliche Persönlichkeit Herr Dr. Saackisch gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der Phoebus-Aktiengesellschaft ist, und der an diesen Geschäften, wie man hört, für sich selber oder seine Bank beträchtliche Provisionen bezogen hat, die natürlich aus dem Phoebus-Geld des Reichswehrministeriums gezahlt worden sind.

Die Öffentlichkeit dürfte mit Verwunderung vernommen haben, daß diese Geschäfte in der kommenden Reichstagsession endlich vor einem breiten Forum erörtert werden sollen. Uns scheint, daß dabei Dinge zur Sprache kommen werden, die für die Wirtschaft im Reichswehrministerium, ganz abgesehen von der bloßen Subventionierung, außerordentlich kompromittierend sind. Der Kapitän Lohmann, der die Phoebus-Geschäfte vermittelt hat und teilweise auch als Kontrakt aufgetreten ist, hat die mit der Phoebus getätigten Transaktionen keineswegs nur uneigennützig „im väterlichen Interesse“ gemacht, sondern sich gleichzeitig beträchtliche persönliche Vorteile verschafft. So wurden ihm zehn Prozent der sämtlichen Nettoerlöse, welche die Phoebus-Film-Aktiengesellschaft in dem ihr gehörigen Marmorhaus-Theater erzielt, zugewandt, und wie wir wissen, auch bezahlt. Reiner hat die Phoebus-Film-Aktiengesellschaft für eine Freundin des Kapitän Lohmann, eine angebliche Eggelenz Elise Elmoff, eine Wohnung eingerichtet, und dieser Dame für „Repräsentationen“ (das Telefonbuch verzeichnet sie als „Privatsekretärin“ der Phoebus) im Interesse der Phoebus-Film-Aktiengesellschaft seit Jahren 1000 Mark pro Monat bezahlt. Mit der Wohnung der Frau Eggelenz Elmoff hat es übrigens noch eine besondere Bewandnis. Frau Eggelenz Elmoff, eine geborene Deutsche, aber russische Staatsangehörige, konnte lange Zeit keine für sie passende Unterkunft finden. Mit Rücksicht darauf kaufte die Navis G. m. b. H. (20 000 Mark Gesellschaftskapital), eine „Schiffsgesellschaft“, deren Beziehungen zum Reichswehrministerium nach zu klären sind, das Haus Bülowufer 3 für circa 900 000 Mark. Dort stellte ihr Kapitän Lohmann eine Zwischenerwohnung zur Verfügung, von der sie nur drei Monatskitteln an die Navis G. m. b. H. abzugeben hatte. Wir empfehlen dem Reichstag, sich auch mit den Geschäften dieser Navis G. m. b. H. und noch eines ähnlichen Unternehmens, der Trajasa (Trauenmünder Fischhafen Aktiengesellschaft) in Lübeck-Trampelnde (deren Aufsichtsratsvorsitzender wiederum Herr Dr. Saackisch ist) ebenfalls näher zu beschäftigen. Beide Gesellschaften arbeiten unseres Wissens mit Geheimfonds und beanspruchen sehr beträchtliche Gelder für Geschäfte, die noch aufgestellt werden müssen.

Das Reichswehrministerium mag demütigen. Wir sind gern bereit, mit Material aufzumachen. Auch der Eignose-A.G., die teilweise vorgehoben wird, können wir dienen. Ihre führenden Persönlichkeiten haben ebenfalls verstanden, die Verbindung mit dem Reichswehrministerium wahrzunehmen. So wissen wir u. a., daß Herr Baron v. Schroetter, der Generaldirektor der Eignose, 10 000 M. privat an die Vermittlungsgesellschaft erhalten hat; die Auszahlung erfolgte im April 1925 durch die Sparkasse Köln, und der Talon des Schecks wird sich zweifellos bei den Phoebus-Akten finden lassen. Ueberhaupt scheint bei der Phoebus-Film-A.G. eine Korruptions- und Betterwirtschaft schimmiger Art zu herrschen. Die Vorgänge bei der Errichtung des „Capitols“ und bei der Beschaffung von Theatern und anderen Objekten, die wir vorläufig noch für uns behalten wollen, sprechen Bände. Es ist allerhöchste Zeit, daß dieser Unglücksfall ausgearbeitet wird und die verantwortlichen Persönlichkeiten zur Rechenschaft gezogen werden. Das deutsche Volk hat keine Lust, daß auf seinem Rücken und mit seinen Steuergeldern eine nationale „Affäre“ gemacht wird.

Der Reichspräsident auf Urlaub. Reichspräsident v. Hindenburg wird nach der Verfassungssieger am Donnerstagabend Berlin verlassen und am Freitag früh in München eintreffen. Von München wird er nach Dietramszell fahren.

Die Admirale diktieren.

Von Ernst Reinhard, Bern.

I.

In diesen Tagen reiste der englische Ministerpräsident Herr Baldwin nach seinem schönen und zukunftsreichen Dominion Kanada, in Begleitung des englischen Kronprinzen, zur Feier seines 60. Geburtstages und zur Einweihung einer großen Brücke, die Kanada und die Vereinigten Staaten verbinden soll, als Zeichen des ewigen Friedens, der zwischen der größten englischen Besitzung in Amerika und dem größten amerikanischen Staate herrscht. Aber bevor er auf die Brücke kam und mit seinem biederem Lächeln die Hand zum Shake-Hands nach der Union hinüberstreckte, haben seine Admirale in Genf die Pfeiler dieser Brücke unterminiert und durch Fernzündung in die Luft gesprengt; während man sorgfältig abgemessene Worte der Freundschaft für den Präsidenten bereit hält, hat sein Marinelord Bridgeman dem Gesandten dieses Präsidenten in Genf eine Ohrfeige gehauen, daß selbst Coolidge davon noch eine rote Backe trägt.

Was, wie notwendig hätte Baldwin die Freundschaft des Präsidenten gehabt, und wie sehr hat sie sein eigener Außenminister Sir Austen Chamberlain gesucht! Noch während der letzten Debatte über die Außenpolitik im Unterhaus hatte er auf die besorgte Anfrage des Labour-Abgeordneten Bondy geantwortet, daß der Krieg zwischen Amerika und England unmöglich sei, weil er in den Herzen der Völker verankert (outlawed) worden sei. Diesen schönen Optimismus haben die Admirale Lügen gestraft; in ihrem Herzen ist der Kriegsgedanke nicht tot, sondern er wirkt weiter, sie sehen den Krieg zwischen den beiden Mächten, sie rüsten auf ihn, und weil sie auf ihn rüsten, wird er eines Tages kommen, vielleicht schon in jener Dekade, die uns Herr Mussolini noch gnadenhalber in Frieden zu liegen gewähren will. Die Genfer Konferenz, die eben auseinandergegangen ist, so daß selbst die höflichsten Schlussworte den Ingrimm der Reden nicht mehr zu übertrüben vermochten, war eine Angelegenheit von ungeheurer politischer Bedeutung. Aber die Admirale haben sie zu einer rein naval-militärischen gemacht, die Führung selbst in die Hand genommen und den Außenminister in die Ferien geschickt. Wo hätte man einmal auf englischer Seite während der ganzen, ermüdend-heuchlerischen Debatten das entscheidende Eingreifen des Politikers gemerkt, es wäre denn in jenen frommen Kinderwünschen gewesen, die Chamberlain schüchtern genug im Unterhause aussprach. Politisch wäre die Einigung möglich gewesen; praktisch war sie auch von einer ungeheuren Bedeutung für das englische Imperium, das es gerade in diesem Augenblicke nicht einmal auf einen stummen Konflikt mit der Union ankommen lassen darf. Es konnte, solange es auf die Hochstoffgebiete der Welt greifen konnte, solange als es über die ungeheuren Kraftreserven der bekannten Welt gebot, sehr wohl zu seinem eigenen Heile den Grundhieb der Absonderung und des Alleingehens, der „splendid isolation“ befolgen. Aber heute auf diesen historisch gewordenen Gedanken zurückzugreifen, da die dynamische Kraftreserve der Union größer geworden ist, das ist für Tag wächst, während seine eigene zerflattert — das ist nichts anderes als die Politik des Selbstmordes, die ein Mann wie Chamberlain nicht mitmachen dürfte, wenn er sich nicht in einem fast unbegreiflichen Schwachmut an den Posten klammerte, auf dem er ohne die Zustimmung seiner Gegner aus dem Lager der Diehards ja längst nichts mehr zu tun hätte.

Das englische Imperium strebt auseinander, weil die wirtschaftlichen Bindungen zerfallen. Am ausländischen Kapital, das vor dem Kriege in Kanada investiert war, besaß England 1860 Millionen Dollar, die Union nur 417. Heute sind in Kanada 5310 Millionen Dollar fremdes Kapital angelegt; davon sind 2111 in englischen Händen, aber 3016 in amerikanischen. Von den Auslands Guthaben der Union im Betrage von 13 252 Millionen Dollar sind nach amerikanischen Angaben mehr als ein starkes Viertel, nämlich 3515 Millionen, nach Kanada gewandert und haben dort den amerikanischen Einfluß, die Bindung mit der Union maßgebend verstärkt. Im Bergbau, in der Eisen- und Stahl-Industrie, im Wasserbau, in der Automobil-, Fleisch-, Stroh- und Farben-Industrie ist der amerikanische Anteil heute dem englischen um mehr als das Doppelte überlegen. Ein volles Fünftel aller kanadischen Staatspapiere ist in den Händen der Amerikaner, deren Anteil täglich wächst. Das Dominion ist politisch selbständig; wenn die wirtschaftlichen Beziehungen sich lockern, bleibt als einzige Verbindung nur noch die Person des Königs, — aber der Zylinderhut eines Bankmagnaten aus der Wallstreet wird eines Tages schwerer wiegen als die Krone auf dem Haupte des englischen Georg oder Edward, welche Nummer er auch tragen mag.

Südafrika selbst wandelt sich immer mehr zu eigenen Wirtschaftsgelbten, das mit dem englischen bald nicht größere Beziehungen unterhält, als mit irgendeinem andern. Die Flaggfrage, die heute in der Südafrikanischen Republik eine große Rolle spielt, ist nur das politische Symptom dieser wirtschaftlichen Loslösung vom großen Reiche. Daß auf Irland kein Verlaß ist, wird den Engländern durch die Ermordung O'Higgins erbarmungslos deutlich demonstriert. Neben die australischen Dominions und Neuseeland. Aber ganz abgesehen davon, daß die Politik des Dollars auch hier immer größere Anteile früher englischer